

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen

MGFFI • Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

An die  
Vorsitzende des Ausschusses  
für die Gleichstellung von Frau  
und Mann des Rates der  
Stadt Bergisch Gladbach  
Frau Waltraud Schneider  
Rosenstraße 37  
51427 Bergisch Gladbach

Horionplatz 1  
40213 Düsseldorf  
www.mgffi.nrw.de

Telefon: 0211 8518-3437  
Fax: 0211 8518-3732  
Email: renete.schmitt-  
hofmann@mgffi.nrw.de

Aktenzeichen:  
415

7 .09.2006

**Neuausrichtung der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen**

Sehr geehrte Frau Schneider,

Herr Minister Laschet dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 10. August 2006, in dem Sie sich für die Weiterführung der Regionalstellen Frau und Beruf aussprechen. Er hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Politik für Frauen ist nach wie vor eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe; tatsächliche Gleichstellung ist vor allem in der Arbeitswelt nach wie vor nicht vollständig erreicht. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Frauenpolitik geändert. Dies ist nicht zuletzt auf gleichstellungspolitische Entwicklungen und bereits erzielte Erfolge zurückzuführen. Politik zugunsten von Frauen ist nicht mehr nur eine Sache des Frauenministeriums, sondern mittlerweile allgemein als Querschnittsaufgabe anerkannt.

Gleichzeitig muss Frauenpolitik heute noch stärker mit den zentralen politischen Herausforderungen verzahnt werden. Dies sind z.B. die Integration von Zuwanderinnen und der demografische Wandel. Die Bewältigung des demografischen Wandels ist ohne die Kompetenzen von Frauen gar nicht denkbar.

Frauen sind heute gut qualifiziert, motiviert und engagiert. Sie bringen beste Voraussetzungen mit, um im Beruf Anerkennung und Erfolg zu finden. Berufstätigkeit ist ein fester Bestandteil der Lebensplanung von jungen Frauen. Das war in den Zeiten, als die Regionalstellen Frau und Beruf ihre Arbeit aufgenommen haben, noch nicht der Fall.

Anders als zum Zeitpunkt der Einrichtung der Regionalstellen Frau und Beruf soll heute ein engmaschiges gesetzliches und institutionelles Netz die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt sichern. Darüber hinaus wird mit dem Gender Mainstreaming-Ansatz, der in nahezu allen Förderprogrammen verankert ist, sichergestellt, dass bei maßgeblichen Weichenstellungen und Maßnahmen die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

Aufgrund der Rollenverteilung von Frauen und Männern in Familie und Arbeitswelt ist v.a. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor ein zentrales Problem. Hier sind allerdings Lösungen gefordert, die weit über die Frauenpolitik hinausreichen. Unternehmen und Verwaltungen, Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen hier ihren Beitrag leisten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung zu einer verbesserten beruflichen Situation von Frauen beitragen will.

Die Landesregierung wird den Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere für unter Dreijährige vorantreiben. Ein weiteres Ziel ist es, die Angebote besser auf die Bedarfe der Eltern auszurichten. Vor allem Frauen profitieren davon, wenn die Kinderbetreuung ausgebaut und ihre Qualität erhöht wird. Damit werden auch die Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen verbessert.

) Gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin und dem Arbeitsminister haben wir uns vorgenommen, die Verantwortlichkeit für Frauen in Ausbildung und Beruf breiter zu verankern. Dabei verfolgen wir gemeinsam das Ziel, die Erwerbsquote von Frauen zu steigern und mehr Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf zu verwirklichen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie fördert Existenzgründerinnen im Rahmen der neuen STARTERCENTER. Gründerinnen und Jungunternehmerinnen werden durch kompetente und ggfs. speziell geschulte Beraterinnen und Berater betreut.

) Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales bietet regelmäßig und landesweit Fördermaßnahmen für Wiedereinsteigerinnen an. Auch in der neuen Förderphase des Europäischen Sozialfonds (ESF) werden die Angebote insgesamt auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ausgerichtet und durch spezifische Projekte zur Förderung der Erwerbssituation von Frauen ergänzt.

Unser Haus wird ergänzend dazu Projekte zur Förderung der beruflichen Potenziale von Frauen anstoßen. Mit Blick auf die Erfordernisse der Wissensgesellschaft sollen dabei Frauen vor allem ermutigt werden, naturwissenschaftliche und technische Berufe zu ergreifen. Bei Maßnahmen zur besseren Integration von Männern und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Ausbildung und Beruf werden

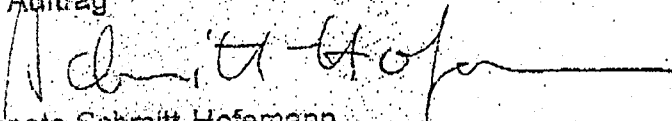
wir besonderes Augenmerk auf die Steigerung der Ausbildungsbeteiligung junger Zuwanderinnen legen.

Seite 4

Ich hoffe, dass ich die Neuausrichtung der Frauenpolitik der Landesregierung, die konsequent auf die Umsetzung des Gender Mainstreaming setzt, verdeutlichen konnte. Gemeinsam mit den originär verantwortlichen Stellen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung werden wir dazu beizutragen, dass die Erwerbssituation von Frauen verbessert wird. Die Voraussetzungen, um Chancengleichheit von Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf in die Arbeits- und Wirtschaftspolitik zu integrieren, sind mittlerweile sehr gut. Diese Chance sollten wir nutzen, nicht zuletzt, um damit den Anliegen von Frauen zu der Selbstverständlichkeit zu verhelfen, die ihnen gebührt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Renate Schmitt-Hofemann